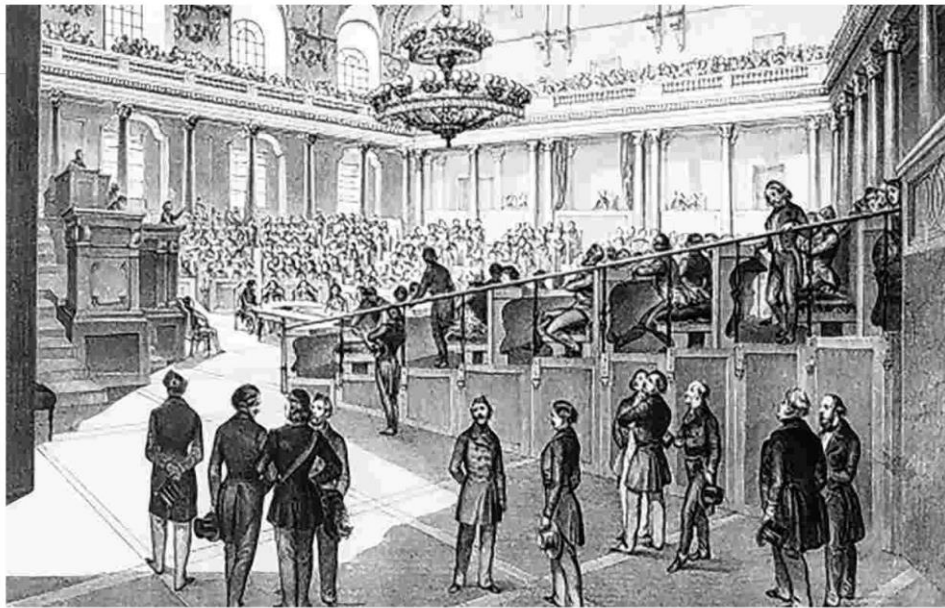


Wendepunkte der Demokratie



Die erste Sitzung des Reichstags in der Winterreitschule in Wien fand am 22. Juli 1848 statt.

Fotos: ONB, Wodicka

01

FRAGEN
ZUM THEMA

1

Nach dem Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) war die Monarchie zerfallen – wie ging es dann weiter?

2

Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf die Entwicklung der Demokratie?

Der lange Kampf um die Demokratie

Das Jahr 1848 gilt als Geburtsstunde der modernen Demokratie in Österreich. Es folgte eine wechselvolle Geschichte des Kampfes um Mitbestimmung, der Rückschläge und Errungenschaften. *Von Alexander Zens*

Am 26. Oktober begeht Österreich den Nationalfeiertag – anlässlich des Beschlusses des Neutralitätsgesetzes am 26. Oktober 1955. Dieser Tag ist einer der wichtigsten in der Geschichte der Zweiten Republik, aber auch in der Geschichte der Demokratie im Allgemeinen.

Ab dem späten Mittelalter hatte es demokratische Ansätze gegeben. Aber erst das Jahr 1848 gilt in Österreich als Geburtsstunde der modernen Demokratie, wie sie aus der Französischen Revolution und der US-amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung gekommen war.

1848 kam es zu Unruhen und dem Ruf nach Mitbestimmung im Habsburgerreich, woraufhin am 22. Juli der Reichstag als erste gewählte Volksvertretung von Erzherzog Johann eröffnet wurde. Die folgenden Sitzungen brachten die „Bauernbefreiung“, ein Ende der Untertänigkeit. Die Ortsgemeinden wurden begründet, sie haben bis heute Bestand.

Schon 1849 setzte sich der Neo-Absolutismus aber wieder durch, Kaiser Franz Joseph I. ließ den Reichstag im März dieses Jahres auflösen.

Doch der Kampf um die Demokratie ging weiter – und so wurde im April 1861 der Reichsrat eingeführt. „Das waren verkümmerte Formen der Demokratie mit Klassenwahlrecht“, sagt der Linzer Historiker und emeritierte Universitätsprofessor Roman Sandgruber: „Dennoch ist ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine schrittweise Demokratisierung festzustellen.“ Der Parlamentarismus wurde ausgedehnt, die Steuergrenzen für das Wahlrecht wurden niedriger.

1907 kam das allgemeine Wahlrecht für Männer, 1918 für Frauen. Am 12. November 1918, einen Tag nach dem Ende

des Ersten Weltkriegs, wurde die Republik ausgerufen, am 1. Oktober 1920 die vom Juristen Hans Kelsen formulierte Verfassung beschlossen. Die erste Nationalratswahl nach dem heutigen Muster fand am 17. Oktober 1920 statt.

„Nach dem Ersten Weltkrieg setzte eine demokratische Welle mit dem Entstehen der Massenparteien ein. Jedoch nahm im Laufe der Ersten Republik die Skepsis wieder zu“, sagt Sandgruber. In und nach der Weltwirtschaftskrise (ab 1929) setzten sich autoritäre Systeme fast in ganz Europa durch. Die Demokratie sei nicht in der Lage zu handeln, Diktaturen seien tatkräftig – diese Meinung gewann die Oberhand. In Österreich folgte nach dem Ständestaat ab 1934 der Anschluss an Deutschland 1938, bis 1945 regierten die Nazis.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden zwei Blöcke. Im Westen setzten sich Demokratien durch, im Osten die Kommunisten, die sich „volksdemokratisch“ nannten – ein Mäntelchen, wie Sandgruber sagt. Letztlich brachte die Zeit nach dem Weltkrieg aber doch „den großen Durchbruch der Demokratie“, verstärkt



Das Parlament in Wien wurde 1883 eröffnet, derzeit wird es saniert. (bis Sommer 2022).



„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Artikel I des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes

vom Zusammenbruch des Kommunismus rund um 1990.

Aber auch heute sei Demokratie kein Selbstläufer, gibt Sandgruber zu bedenken. Sättigung führt zu Gleichgültigkeit. Krisen wie die Corona-Pandemie lassen Skepsis wieder größer werden. Der Überwachungs- und Ein-Parteien-Staat China könne besser reagieren als beispielsweise die EU, ist zu hören. Demokratie müsse natürlich auch reformiert werden, sagt Sandgruber. So gab es in Österreich 1970 und 1992 Änderungen, wodurch die Wähler mehr Einfluss auf die Mandatsverteilung bekamen. Das Wahlalter wurde auf verschiedenen Ebenen mehrmals angepasst. „Ich bin überzeugt davon, dass auf lange Sicht die Demokratie erfolgreicher ist, weil sie Irrwege korrigiert. Autoritäre Systeme können und wollen das nicht“, sagt Sandgruber. Parteien und Politiker werden in Österreich gewählt und abgewählt – das Volk ist der Souverän, von ihm geht das Recht aus.

„Wie zahlreiche Studien beweisen, erfreut sich der Begriff Demokratie nach wie vor weltweit eines hohen Beliebtheitsgrades“, sagt Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen: „Mehr als 90 Prozent der Menschen bejahen demnach die Frage, ob Demokratie eine gute Art und Weise sei, das Land zu regieren.“ Gleichzeitig gehe aus vielen Daten hervor, dass die Demokratie in der Krise und das Vertrauen der Bürger in Parlamente, Regierungen und Parteien auf einem historischen Tiefstand angelangt seien. „Um dem entgegenzuwirken, bedarf es Transparenz, Bürgernähe, höherer Glaubwürdigkeit, verstärkter Sacharbeit und der Schaffung von Zukunftsperspektiven“, sagt Zögernitz.